

# RS Vwgh 1997/4/8 95/07/0174

JUSLINE Entscheidung

© Veröffentlicht am 08.04.1997

## Index

81/01 Wasserrechtsgesetz

## Norm

WRG 1959 §111a;

WRG 1959 §15 Abs1;

## Beachte

Miterledigung (miterledigt bzw zur gemeinsamen Entscheidung verbunden):95/07/0178 95/07/0184 95/07/0180

## Hinweis auf Stammrechtssatz

GRS wie VwGH E 1994/12/13 91/07/0130 16 VwSlg 14179 A/1994

## Stammrechtssatz

Der Fischereiberechtigte kann nur dann in seinen Rechten verletzt sein, wenn die Behörde vom Fischereiberechtigten im Verfahren erhobene konkrete Forderungen iSd § 15 Abs 1 WRG 1959 zu Unrecht abweist. Die Verweisung zulässiger Forderungen des Fischereiberechtigten in ein Detailverfahren nach § 111a Abs 1 WRG kann von vornherein keine Verletzung von Rechten des Fischereiberechtigten darstellen, da diese Bestimmung einen Abspruch zwingend nur für solche Einwendungen vorsieht, die sich gegen die grundsätzliche Zulässigkeit des Vorhabens richten. Derartige Einwendungen stehen einem Fischereiberechtigten aber nicht offen.

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1997:1995070174.X09

## Im RIS seit

12.11.2001

## Zuletzt aktualisiert am

07.01.2019

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>